

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 131.

Samstag den 7. Juni 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Berlin, 6. Juni. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, ist der Konflikt Grönert mit dem Reichstagsabgeordneten Künster nicht auf die Kritik an den Beziehungen der Reichswehr zur Roten Armee zurückzuführen; das Schreiben Grönert richtet sich vielmehr gegen das illoyale Verhalten Künsters in der Kieler Munitionsangelegenheit. Künster habe demals Angaben weitergegeben, die ihm auf vertraulichem Wege zugegangen seien und die er nicht hätte veröffentlicht dürfen.

Bergehen gegen Kientz

Essen, 6. Juni. Die Bochumer Zentralkommission hat sich gestern eingehend mit der Ständelaffäre des Reichstagsabgeordneten Kientz beschäftigt und beschlossen, von Kientz in Abtrotz der schweren Vorwürfe zu fordern, daß er im Interesse einer reiflichen Aufklärung die Aufhebung seiner Immunität beantragt und sich den Gerichten zur Verfügung stellt. Die Kommission hat dem Vorstand der Reichspartei und der Reichstagsfraktion von diesen Beschlüssen Kenntnis gegeben. Einer Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“ zufolge soll Kientz seinerzeit als Student von der philosophischen Fakultät der Universität relegiert worden sein, weil er seine Doktor-Dissertation aus alten Zeitschriften abgeschrieben habe.

Wie sieht das Notopfer aus?

Berlin, 6. Juni. Die gestrigen Beschlüsse des Reichstags enthalten keine besonderen Überraschungen. Sie entsprechen ungefähr dem, was man nach den öffentlichen Äußerungen über die Absichten der Regierung erwartet hatte. In der Frage der Kreditloswerkzeuge macht sich die Regierung im wesentlichen die Vorschläge der Reichsanstalt zu eigen, die neben der einprozentigen Beitragserhöhung eine Reihe von Abbaumaßnahmen in Verbindung mit einer noch zu bestimmenden Reform der Kreditversicherung vorsieht. Das viel umstrittene Notopfer ist nun doch in das Regierungsprogramm aufgenommen worden, obwohl sich eigentlich der Finanzminister seinerzeit gegen diese Maßnahmen sehr energig geäußert hat. Das Notopfer wird dadurch seines Charakters einer Sondersteuer für bestimmte Schichten entleert, daß ihm die weniger sentimentale Bezeichnung „Reichsbilanz“ gegeben wird. Die Reichsbilanz der Reichsanstalt wird, wie verlautet, zunächst für die drei nächsten Quartale nicht nur die Beamten, sondern auch die Privatangehörigen erfaßt, wird sie verhältnismäßig niedrig sein und etwa 3 bis 4 Prozent von der jetzigen Einkommensteuer ausmachen. Praktisch gesehen, beträgt die Einkommensteuer für diese Schichten in Zukunft also 10 1/2 Prozent statt 10 Prozent; für die übrigen kommen dazu noch weitere 10 Prozent der Einkommensteuer oder 1 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens, so daß der Satz für sie 11 1/2 Prozent ausmacht. Der Besteuerungsschlag für die Antikamer von Aufsichtsratsmitgliedern soll erheblich höher liegen. Bei der Vermögenssteuer wird nicht gesagt, an welcher Altersgrenze sie einzusetzen soll. Wo sie bisher bereits erhoben wurde, hat sie die Erwartungen nicht erfüllt. Die Kürzung der Zinsen in der Hypothekenszene war schon seit langem geplant. Von einer Deckerhöhung der Umsatzsteuer, einer weiteren Erhöhung der Biersteuer hat man Abstand genommen. Das Kommunale enthält keine Angaben, wie der Staat die Arbeitsbeschaffung, der freilich zu einem großen Teil erst nach längerer Frist wirksam werden wird, finanziert werden soll, da etwa 100 Millionen für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung stehen. Das Ausgabenlenkungsprogramm und die damit verbundenen Sparvorläufe können getrennt auch nicht erledigt werden. Sie werden erst nach Pfingsten zur Beratung kommen. Durch die notwendige Überbrückung des Haushalts vor der dritten Lesung glaubt man noch etwa 10 Millionen einbringen zu können. Die Regierung ist der Ansicht, daß durch die gestern beschlossenen Maßnahmen es möglich sein wird, den gesamten Haushaltsplan zu decken. Dieser Annahme gegenüber scheint nun doch einige Zweifel angebracht. Als es um die letzten Steuern handelt, hört man gleichfalls, daß man bei der Etat endgültig ausgeglitten. Einige Wochen danach hand man bereits vor einem neuen Defizit. Zahlenmäßig wird die optimistische Auffassung der Regierung in dem Kommunale nicht begründet. Sie läßt im wesentlichen auf der Hoffnung, daß neuerdings sich günstige Anzeichen für eine aufsteigende Konjunktur bemerkbar machen. Tatsächlich ist das Steuereinkommen im Mai erheblich günstiger als im April gewesen und auch bei der Post sind die Einnahmen wieder gestiegen. Der Kanzler hofft für das Deckungsprogramm im Reichstag die erforderliche Mehrheit zu finden.

Berliner Pressekommunikation zum Deckungsprogramm

An dem Deckungsprogramm nehmen nur wenige Blätter Stellung. Die „D. A. Z.“ sagt, wer vom Standpunkt der Idee einer durchgreifenden Reform des öffentlichen Ausgabenwesens das sogenannte Deckungsprogramm unter die Lupe nehmen, werde feststellen müssen, daß nicht einmal der erste Schritt getan werde, der eine grundlegende Veränderung herbeiführen könne. Ob der Haushalt durch die vorgeschlagenen Maßregeln notdürftig balanciert werden könne, hängt weniger von der notorisch schwankenden Finanzpolitik ab als von der Frage, ob sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Forderungen zur Behebung der Wirtschaftskrise einigen könnten. Der „Vorwärts“ bezweifelt, ob sich für die Deckungsvorschläge eine Mehrheit finden werde. Von einigen Blättern wird besonders darauf hingewiesen, daß in der amtlichen Mitteilung an einigen wichtigen Punkten, die für die Gesamtbeurteilung wichtig sind, die entsprechenden näheren Zahlenangaben fehlen. Nach der „Börsezeitung“ verlautet, daß sich die Höhe des Notopfers bzw. der „Reichsbilanz“ auf etwa 3 bis 4 v. D. des

Einkommensteuerebetrages belaufe. Die in der amtlichen Mitteilung erwartete volle Deckung des Haushaltsfehlers durch das Programm beruhe dem Vernehmen nach n. a. auf den inzwischen wesentlich günstiger sich gestaltenden Steuerertrügen und Einnahmen, die im Monat Mai beinahe die geschätzte Höhe erreicht haben sollen. Nach dem Berliner „Volkswagen“ verlautet, daß die Reichsbilanz nicht zur Befriedung der Arbeitslosenversicherung erhoben werden soll. Wenn das zuträfe, dann würde es sich nach Auffassung des Blattes praktisch nicht um eine vorübergehende, sondern um eine dauernde Sonderbelastung eines Teiles des Mittelstandes zugunsten der Arbeitslosen handeln.

Neue Millionenverluste der Stadt Berlin

Berlin, 6. Juni. Das „Tempo“ beschäftigt sich mit einem neuen Millionenverlust der Stadt Berlin, der aus der Verwertung eines Grundstücks am Alexanderplatz an eine amerikanische Gesellschaft entstanden sein soll. Das Blatt berechnet die Höhe des Schadens auf wenigstens 10 bis 20 Millionen Mark, da die jährliche Rachtsumme, die die Stadt erhält, nur 600 000 Mark beträgt, während die Stadt Berlin selbst als ursprüngliche Kaufsumme vor der Umwandlung des Alexanderplatzes 35 Millionen Mark gezahlt habe und diese mit jährlich 2 1/2 Millionen Mark verzinsen müsse. Die von der Stadt für die gleichen Grundstücke zu zahlenden Zinsen würden also bei weitem die Rachtsumme überschreiten. Die günstige Lage des Grundstücks hätte einen höheren Rachtpreis bedingt. Wenn auch nach dem Erbpachtvertrag die Stadt Berlin nach 50 Jahren Eigentümerin der Bauland würde, so sei zu beachten, daß die Lebensdauer solcher Bauland nur fünf sei, also nach 50 Jahren der Bauwert auf 15 v. D. d. h. auf 750 000 Mark herabgemindert wäre. Eine amtliche Stellungnahme zu dieser Veröffentlichung liegt noch nicht vor.

Das Preislenkungs-Programm

Berlin, 6. Juni. Der vom Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeber eingeleitete Ausschuss hat sich, schneller als man erwartet hatte, nun doch auf ein Programm zur Preislenkung einigen können. Die Beratungen konnten gestern mit dem Ergebnis abgeschlossen werden, daß zwischen den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen ein Einverständnis erzielt wurde. Damit ist der Weg für neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften offen. Der Handel, der an den bisherigen Preislenkungen nicht beteiligt war, fordert jetzt seine Einschaltung in die Beratungen. Die Arbeitgebergemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat dem Reichsverband der Deutschen Industrie mitgeteilt, daß sie die Teilnahme des Einzelhandels an den Verhandlungen zur Lohn- und Preislenkung für unbedingt geboten erachte. Der Abschluß der gemeinsamen Beratungen zwischen Industrie und Gewerkschaften ist freilich erst nach Pfingsten zu erwarten.

Neuer Streit zwischen Stahlhelm und Hitler

Berlin, 6. Juni. Zwischen dem Stahlhelm und Hitler ist, nachdem es zunächst schien, als ob eine gütliche Verständigung sich anbahne, der Streit erneut entbrannt. Der bisherige Leiter der politischen Abteilung des Stahlhelms, Dr. Braunmiller, hat sich in einer Erklärung, daß er auf die Kandidaturen eines Mitglieds des Bundesvorstands eine ehrenrührige Unterbrechung gegen sich beantragt habe und vorläufig von seinem Posten zurückgetreten sei. Von der „Deutschen Tageszeitung“ wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich bei jenem Bundesvorstandsmitglied um Herrn Dr. Eduard Stadler handelt, der in der Hauptfrage des indischen Referat im Bundesamt des Stahlhelms vertritt. Er soll Braunmiller vorgeworfen haben, daß dieser durch sein Verhalten während des Kampfes um das Volksgehörnen die Politik des Stahlhelms launig habe, da er sich nicht entschließen konnte, an die Seite Duenbergs und Dillers gestellt hätte.

Ausland

London, 6. Juni. Die Umbildung des Kabinetts MacDonald ist vollzogen. Sie wird in der Oppositionspresse nicht als eine Stärkung der Regierung angesehen.

Aus Stadt und Bezirk

Sonntagsgedanken.

Romm, Schöner Geist!

Was die Seele für den Körper ist, das ist der heilige Geist für die Kirche.
Nur mit ihm ist das Pfingstfest eigentlich das höchste unter den großen Festen. Seine heutige Bedeutung, das Überwinden göttlicher Kraft auf menschliche Wesen, hat etwas zugleich Erhabenes und Erhebendes, das doch nicht über der Fähigkeit unserer Geistes liegt.
Gott ist Geist und niemals Mechanik. Je mehr Geist auf Erden Gott entgegenkommt, desto besser gedeiht Gottes Werk. In dogmatischem Geist oder nur wenig Geist unter den Menschen, kann auch sich das Werk Gottes wie mechanisch und gewaltsam durchsetzen.
Kant.

Neuenbürg, 5. Juni. (Nach Näher!) Es kommt häufig vor, daß beim Gras- und Altemachen ein Dase aufspringt oder ein Redhahn aufsteigt. In den meisten Fällen handelt es sich hier um eine Dämon, die Junge hat, oder um ein Redhahn mit Gelege. Der Wäber soll sich diese Stelle merken und gleich nachsehen. Findet er Junghähne, so wird er sie an einen sicheren Platz in der Nähe legen. Findet er ein Redhahngelege, so wird er am besten dort eine Gras- oder Altemfel legen lassen. Er muß aber dann öfter nachsehen, ob das Redhahn wirklich brütet. Wenn nicht, so wird er die Eier dem Jagd-

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über deren Raum 25 J., Kellere-Zeile 80 J., Rubrik-Anzeigen 100 Pros. Zuschlag. Offerte und Anzeigenstellung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages bisfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

Wäber ausliefern, der sie ausbrüten läßt, die Jungen aufzieht, sich um einen Redhahn umsieht und dann die Familie ansieht.

Neuenbürg, 6. Juni. (Eine Mahnung für unsere Landwirte.) Bei dem Gewitter am Dienstagabend, bei dem der Landwirt Schiefer aus Lauffen am Neckar durch Blitzschlag getötet wurde, waren verschiedene Landwirte mit Senen auf der Schulter unterwegs. Einige von ihnen erhielten einen folgenschweren Schlag, der ihnen zum Glück nichts gefehlet hat. Es sollte dies eine Mahnung für unsere Landwirte sein, bei einem Gewitter Senen, Düden usw. wegzulegen, da diese Werkzeuge erwiesenermaßen eine starke Anziehungskraft auf Blitze ausüben. Weiter ist es für auf dem freien Feld befindliche Personen am besten, sich bei einem Gewitter auf den Boden zu legen. Ein Untersuchen unter Bäumen ist unter allen Umständen zu vermeiden.

(Wetterbericht.) Infolge des östlichen Hochdrucks ist für Sonntag und Montag vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 6. Juni. Den letzten vollständig sachlich gehaltenen Gemeinderatsbericht, der lediglich die Stimmung des Gemeinderats und der Einwohnerschaft über das Verhalten von Schultheiß a. D. Fajler zum Ausdruck brachte, nimmt Vesterer zur Veranlassung, um dem Verfasser des Berichtes und seinem Hintermann oder Hintermännern „Großmäuligkeit“ vorzuwerfen. Es ist dies eine durch nichts zu überbietende Annahme, in einer solchen Weise über die hiesige Gemeindevertretung zu urteilen, wenn doch Herr Fajler nur der „Ehre wegen“ Aufklärung über den Inhalt des Gemeinderatsberichtes geben will. Wie es damit bestellt ist, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß Herr Fajler mit in persönlicher Unterredung sagte, daß er den Ortsvorsteher von Kobrader gar nicht kenne und nur das wisse, was dieser ihm schriftlich mitteilte, daß er ein Kurstollege von ihm sei. Und nun ist es über Nacht ein langjähriger Gemeindefreund geworden, der sich in Kobrader bestens bewährt hat. — Nur der Ehre wegen, Herr Fajler! — Heber die Bewährung des Ortsvorstehers in Kobrader darf sich Schultheiß a. D. Fajler kein Urteil erlauben, denn darüber hat die Bevölkerung eindeutig entschieden, wie es die Bevölkerung in Birkenfeld im Vorjahr ebenfalls getan hat. Der Vorwurf der Verletzung der Ständesöhne und der Ständesöhne läßt sich durch nichts rechtfertigen insofern, als im Gesetze eine 10jährige Wahlperiode für Ortsvorsteher vorgelesen ist. Mit dem Grundsatze, daß die Ortsvorsteher eine Gemeinde als Verordnungsbehörde auf Lebenszeit betrauten, muß endlich gebrochen werden. Es liegt an den Ortsvorstehern selbst, sich durch pflichtbewusste und vernünftige Arbeit während der 10 Jahre das Vertrauen der Einwohnerschaft zu erwerben. Wenn Schultheiß a. D. Fajler die Kandidatur bei Wiedereinsetzung als verwerflich und seine ständige Stellungnahme gegen mich als „Kampfung des Verwerflichen“ bezeichnet, so ist es höchste Zeit, daß die Regierung eingreift und den Ortsvorstehern bedeutet, daß auch sie die Befehle zu achten haben. Es ist eine große Misshandlung des Gesetzes, wenn die Ortsvorsteher und ihre Organisation durch verwerfliche Einwirkungen auf eine Wahl, die jedem Einzelnen in einem demokratischen Staatswesen stehenden Rechte außer Wirkung zu setzen versucht.
Katholischer Wäber.

Calmbach, 5. Juni. Automechaniker Gerhard Müller hat im April d. J. die Reichspräsidentenwahl mit der Karte gut behandelt.

Württemberg

Billingen-Nm, 6. Juni. (An die Wand gedrückt.) Am Donnerstag waren Redner der J. A. Kampen-Nm mit der Durchführung von Briefen in die hiesige Kaserne beschäftigt. Sie wollten den voll beladenen Anhänger eines Autozuges an einen Kellerhof führen. Dabei kam der Wagen zu nahe an die Wand und drückte einen 30 Jahre alten Arbeiter gegen diese, so daß ihm einige Rippen und das Schlüsselbein abgebrochen wurden. Als der Verunglückte zu sich kam, sagte er: „So legt ihn an Pfingsten mit den Königshühnern aus.“ Er einem Auto wurde er ins Ulmer Krankenhaus gefährt.

Wangen i. A., 6. Juni. (Wirtschaftsminister Dr. Koller bestohlen.) Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Koller wurde in der Nacht auf Donnerstag in Wangen bestohlen. Ein Dieb drang in das Hotelzimmer des schlafenden Wirtschaftsministers ein und raubte einen erheblichen Geldbetrag. Dank der Energie der Wangener Polizei konnte der Dieb noch am Donnerstag in Lindau dingfest und der gestohlene Betrag zum größten Teil wieder beigebracht werden.

Freiburg, 6. Juni. (Lebensrettung.) Zwei 14jährige Knaben, Johann Schorpp und Werner Baubardt, schwammen am Donnerstag nachmittag vom Strandbad aus weit in den Bodensee hinaus. Durch eine starke Brise wurden die Knaben immer mehr abgetrieben und konnten das Ufer nicht mehr erreichen. Dipl.-Ing. Schöbinger fand die beiden mit den Wellen kämpfend ganz erschöpft, nahm sie in seine Jacke auf und brachte sie ans Land. Direktor Fellen vom Kurgartenhotel erbat sich dann den frierenden Knaben und ließ sie, in wollene Decken gehüllt, durch sein Auto nach Hause bringen.

Neueste Nachrichten.

Konstanz, 6. Juni. Ein tragisches Ende nahm eine Hochzeitsreise, die der 31 Jahre alte Diplomingenieur Wirth aus Freiburg (Sachsen) mit seiner Gattin an den Bodensee unternahm. Seit zwei Tagen hatte das junge Paar in einem Konstanz Hotel Wohnung genommen. Gestern vormittag begaben sich die beiden nach dem

Strandbad am Horn. Dort scheint sich der Gatte beim Baden zu weilen in den hübschen See vorzuzugeln zu haben. Er verschwand plötzlich unter Wasser in den Wellen. Trotz angestrengten Suchens konnte die Leiche bis zum Einbruch der Dunkelheit noch nicht gefunden werden.

Hessingen, 6. Juni. Aus Amerika ist als freudige Pflanzübertragung die Mitteilung eingegangen, daß der vor vielen Jahren dorthin ausgewanderte Friedrich Wiet der Stadt Hessingen (Mittelschlesien) seinen Kassen Wilhelm Rager, seinen Großneffen Friedrich und Wilhelm Rager, Frau Fehler, Witwe und Frau von Ehrenberg testamentarisch mit größeren Zuwendungen bedacht hat. Der Gesamtbetrag, der auf die Stadt und die in das Testament eingeschlossenen Personen entfällt, beträgt 40-50 000 Dollar.

München, 6. Juni. Am Schluß der Landtags-Sitzung kam Präsident Stang auf die nationalsozialistischen Demonstrationen vom Vormittag zurück und erklärte, gewisse Ausfälle auf der Tribüne hätten erkennen lassen, daß mit dem Auftreten nationalsozialistischer Abgeordneter in Uniform eine bewußte Demonstration und Provokation verbunden sein sollte. Er würde künftig aufgrund der Geschäftsordnung derartige Versuche mit Verweisung aus dem Sitzungssaal ahnden und das Tragen von Uniformen, die ein Kennzeichen der politischen Zugehörigkeit ihrer Träger seien, nicht mehr dulden. Das Haus billigte den Standpunkt des Präsidenten durch lebhaften Beifall.

München, 6. Juni. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute offenbar als Protest gegen die gestrigen Maßnahmen des Staatsministeriums in verschiedenen Stadtteilen Fahrten mit Kraftwagen, die hierzu mit Fahnenhülzen in den Partiefarben ausgeschlagen waren. Die Anführer, die zum Teil Parteileitung trugen, führten zahlreiche entfaltete Fahnen mit sich. Die Fahrten wurden durch die Polizeidirektion unterbunden und die Teilnehmer mit den Wagen zur Polizeidirektion gebracht. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder entlassen, die Fahnen und Fahnenhülzen einbehalten.

München, 6. Juni. Die für den 14. und 15. Juni in Regensburg angelegte Kundgebung des bayerischen Stahlhelms für die bayerische Dismark und für den Kampf gegen den Bolschewismus verschoben ist worden, da durch das Uniformverbot der bayerischen Regierung der Aufmarsch des Stahlhelms unmöglich gemacht worden ist.

München, 6. Juni. Die große Strafkammer hat das Hauptverfahren gegen den Lokomotivführer Heinrich Nordhaus aus Hagen in Westfalen und den Reichsbahnobersekretär Ludwig Fischer aus Düren eröffnet, denen zur Last gelegt wird, durch Fahrlässigkeit am 25. August vor. Is. das schwere Eisenbahnunglück bei Bure verursacht zu haben, bei dem 14 Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Hauptverhandlung wird am 30. d. Mts. vor dem erweiterten Schöffengericht stattfinden.

München, 6. Juni. In der Strafsache gegen den Arbeiter Peter Wirtzen aus Miesbach ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen Mordes eröffnet worden.

Essen, 6. Juni. Der Demobilisierungskommissar hat den Abbau von 800 Arbeitern auf den Seiden Matthias Stanes I, II und V in Karmap, von 300 Arbeitern auf den Seiden Matthias Stanes III und IV in Gladbeck und von 250 Arbeitern auf der Seide Germelheim in Voltrup.

Freiburg i. S., 6. Juni. Das Schwurgericht hat heute den ehemaligen Gürtelherren Henning wegen Mordes in zwei Fällen zum Tode verurteilt. Henning hat im letzten Jahre im Walde bei Wegersfeld die Dienstmädchen Zellmer und Simmich auf bestialische Weise ermordet und beraubt.

Berlin, 7. Juni. Im Reichspostministerium wird erwogen, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes eine besondere Marke herauszugeben.

Berlin, 6. Juni. Der Reichskanzler hat heute abend Berlin verlassen und wird die Ferienorte in Süddeutschland verbringen.

Berlin, 6. Juni. Wie wir erfahren, ist der dieser Tage von den Polen verhaftete deutsche Reichsangehörige Ballermann wieder in Freiheit gesetzt worden. Die Festnahme Ballermanns, der Mitglied einer katholischen Sportvereinsorganisation ist, erfolgte, als er in Poggenkrug bei Wiersing (Kreis Schlochau) versuchsweise die Grenze, die dort unmittelbar neben dem Wirtshaus läuft, überschritt. Entgegen anderslautenden Meldungen ist Ballermann von den Polen weder mißhandelt noch verschleppt worden, seine Entlassung erfolgte alsbald nach Aufklärung der Angelegenheit, d. h. nach 48 Stunden.

Berlin, 6. Juni. Dem „Abend“ zufolge beschäftigt die kommunale Friedhofsbauverwaltung am heutigen Tage die Hälfte des Personals zu kündigen. Die Maßnahme wird von der Druckereileitung damit begründet, daß die „Welt am Abend“ die Verträge mit der Geschäftsleitung gekündigt hätte. Der Verlag hat sich wegen der Massenkündigung zwei Tage vor dem Pfingstfest eine große Erregung bemächtigt. Die Verhandlungen des Betriebsrates mit der Verwaltung, die heute vorläufig angehalten sind, sind noch im Gange.

Berlin, 6. Juni. Das von einem Berliner Blatt veröffentlichte Schimmverhältnis bei der Abstimmung des Bezirksausschusses über Oberbürgermeister Böhl entspricht, wie dem Amtlichen Fernschreiben

Pressedienst von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht der Wahrheit. Da die Abstimmung geheim war, könnte keine weitere Aufklärung gegeben werden.

Berlin, 6. Juni. Die Vorfälle in der Neuhöllner Bezirksverammlung am 19. Februar, bei denen es, wie erinnert, zu einer Schlägerei zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Bezirksvorordneten gekommen war, fanden heute ihre Sühne vor dem erweiterten Schöffengericht Neuhölln. Das Gericht verurteilte den kommunistischen Bezirksvorordneten Lange wegen Verleumdung in Tateinheit mit Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 300 Mark, die kommunalistische Bezirksvorordnete Frau Wolter zu einer Geldstrafe von 50 Mark und ihren Parteigenossen Sommer, der nach der Ansicht des Gerichts eine besondere Rohheit an den Tag gelegt hatte, zu zwei Monaten Gefängnis. Bei den Verhandlungen kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Gührer und dem Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Cövenhölth, die damit endigten, daß dem Anwalt angedroht wurde, aus dem Saal gewiesen zu werden, wenn er sich bei seinen Ausführungen nicht Mäßigung auferlegte. Außerdem wurde der Angeklagte Lange wegen Ungebühr vor Gericht zu drei Tagen Haft verurteilt, die sofort zu verbüßen sind.

Berlin, 7. Juni. Gestern abend ereignete sich im Lunapark ein aufregender Vorfall. Der 27 Jahre alte Elektromonteur Fritz Böles gab in einem Kohn auf dem Halleser auf seinen Kameraden, den 28-jährigen Konstantin Erwin Kotte, vier Schüsse ab, durch die Kotte lebensgefährlich verletzt wurde. Böles brachte sich darauf einen Kopfschuß bei und sprang, während er die Waffe noch abdrückte in den Halleser. Kurze Zeit später wurde er als Leiche geborgen. Die grauenvolle Tat geschah, als der Betrieb im Lunapark auf dem Höhepunkt war. Das Publikum stob in panikartigem Schrecken auseinander. Die Motive für die Tat sollen in Eifersucht zu suchen sein.

Berlin, 6. Juni. Die Gattin des Reichswehrministeriums Wermuth, die angeklagt war, an das Reichswehrministerium betreffende Briefe geschrieben zu haben, ist heute freigesprochen worden. Die Anklage stützte sich auf die Feststellung der Scheidungsverhandlungen, daß die Briefe mit größter Wahrscheinlichkeit auf einen dem Vater der Frau Wermuth gebührenden Hölzchen geschrieben worden sind. Obgleich die der heutigen Vernehmung die Sachverhalte wieder zu dem gleichen Ergebnis kamen, ließ sich das Gericht von der 100-prozentigen Gewissheit des Verdachts nicht überzeugen. Der Vorsitzende stellte zum Schluß an einen Sachverständigen die Frage, ob man aus dem Kehlhaus der Schrift feststellen könne, daß die Scheidung der betreffenden Briefe mit der Angeklagten identisch sei. Diese präzise Frage wurde von dem Sachverständigen mit dem Worten beantwortet: Das kann man nicht sagen. Der Staatsanwalt hatte wegen schwerer Verleumdung auf zwei Monate Gefängnis plädiert. In dem Urteil heißt es, daß sich trotz schwerer Verdachtsmomente die Unschuldhaftigkeit an den anonommen Briefen nicht feststellen lasse.

Freiburg i. S., 6. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg ist heute früh mit dem Fahrplanmäßigen Zuge hier einetroffen und hat sich von hier mit dem Kraftwagen nach seinem Gute Neudorf begeben.

Kiel, 6. Juni. Auf der Germaniawerft entstand heute vormittag gegen 10 Uhr im Motoren-Brüßland ein Feuer, das rasch großen Umfang annahm. Der Berufsfeuerwehr und der Werksfeuerwehr gelang es, den Brand nach einer halben Stunde auf seinen Herd zu beschränken. Der Brülland war vor einiger Zeit schon einmal von einem Feuer heimgesucht worden. Durch das katastrophale Eingreifen der Südtiroler Feuerwehr, der Werksfeuerwehr und der Belegschaft gelang es, in kurzer Zeit des Feuers Herr zu werden. Es brannten in der Hauptsache die Holzwerkstoffe. Die Ursache des Feuers wird in Rauchschlag vermutet. Die Weiterführung des Betriebes in der durch den Brand beschädigten Halle wird in keiner Weise beeinträchtigt. Der Sachschaden ist verhältnismäßig unbedeutend.

Kom, 6. Juni. In der Höhe von St. Anna del Canaro ist ein Bogen, der seit einigen Jahren im Bau befindlichen Brücke über die Stura eingestürzt, wobei acht Arbeiter getötet wurden und einer schwere Verletzungen erlitt. Die Ursache des Einsturzes ist noch unbekannt.

Strahburg, 6. Juni. Ueber den Termin der Räumung des Kehler Brückenkopfes wird nun aus offenbar amtlicher Quelle angegeben, daß das erste Bataillon des 179. Infanterieregiments am 10. Juni, das zweite Bataillon am 25. Juni Kehl verlassen wird. Einige kleine Einheiten werden bis zu den letzten Junitagen in Kehl bleiben.

Paris, 6. Juni. Im Hauptpostamt von Paris ereignete sich am Freitag die Explosion einer Höllemaschine, die in einem an die Baronin Edward von Rothschild adressierten Paket eingeschickt war. Die näheren Umstände, sowie die Verpodung des Paketes deuten darauf hin, daß der oder die Täter dieselben sind, die seinerzeit den Anschlag gegen die Baronin von Vienne und den Grafen de Boisalmé verübten. Die Beamten waren am Vormittag mit der Sortierung der Post beschäftigt, die sie nach den einzelnen Stadtteilen geordnet in dazu bereitgestellten Fächerwagen warfen. Als einer der Beamten das an die Baronin Rothschild gerichtete Paket in seiner Entfernung

von etwa zwei Metern in den Wagen werfen wollte, fiel es auf eine der harten Kanten, explodierte und flog in die Luft. Eine hohe Schlagwelle schlug heraus und zertrümmerte sämtliche elektrischen Birnen des großen Saales. Glücklicherweise befand sich keiner der Angestellten in unmittelbarer Nähe, so daß Menschenleben nicht zu bedrohen sind. Eine sofort eingeleitete Untersuchung des Paketes ergab, daß es sich um ein in dickes Papier verpacktes Verzeichnis eines Pariser Warenhauses handelte, aus dem die Blätter herausgezogen waren. An ihre Stelle hatte man eine große Menge Pulver, sowie kleine Eisenstücke gelegt und mit Papierstücken ausgefüllt. Es konnte bisher lediglich festgestellt werden, daß die Höllemaschine im Brandbrenner in den Briefkasten geworfen wurde.

Paris, 6. Juni. Während die in ganz Marokko herrschenden Unruhen sich allmählich abklingen, ist die Lage in der Provinz Tadjara, 100 Kilometer südlich von Fez, sehr gespannt.

Brüssel, 6. Juni. Die Kammer lehnte mit 120 gegen 10 Stimmen bei drei Stimmenthalten den von der Fraktion der flämischen Nationalisten vorgelegten Antrag ab, der eine parlamentarische Untersuchung des französisch-belgischen Militärabkommens, seine Veröffentlichung und der diesbezüglichen Äußerungen forderte.

Washington, 6. Juni. Der Präsident hat heute das vor einigen Tagen vom Senat verabschiedete deutsch-amerikanische Schuldenabkommen unterzeichnet.

Washington, 6. Juni. Das Staatsdepartement teilte heute offiziell mit, daß es keine Bedenken gegen die Auflegung eines Drittels der deutschen Reparationsanleihe in den Vereinigten Staaten habe.

Bombay, 6. Juni. Vier Personen, die der Ermordung von Polajaganten während der letzten Wochen in Scholapur angeklagt waren, wurden zum Tode verurteilt.

Schanghai, 6. Juni. Die Gegner der Nationalregierung Tschangschu haben die Hauptstadt der Provinz Hunan, Tsinan, und die Hauptstadt der Provinz Schantung eingenommen.

„Graf Zeppelin“ wieder daheim.

Friedrichshafen, 6. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute abend von seiner 21tägigen Südamerikafahrt in dem maritimen Friedrichshafen um 19.30 Uhr glatt gelandet, unter Glockengeläute und Böllerschüssen. Ein Rieger umkreiste das Luftschiff. Während der Landung eilten die Angehörigen der Postämter und der Besatzung dem Luftschiff zu, um die Demoblen zu begrüßen. Die große Menschenmenge strömte gleichfalls dem Luftschiff zu. Die Stadt hat das Festen eines großen Tages. Sie trägt reiche Klagen, ebenso die Werk und der Flugplatz-Notoren. Zum Empfang haben Stadtschultheiß Schützler im Namen der Stadtgemeinde und der Vorstand Heuß im Namen des Kreises des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs Begrüßungsansprachen gehalten. Schützler hat Dr. Schener einen Lorbeerzweig überreicht. Danach dankte Dr. Schener für den überaus freundlichen Empfang. Bei der Südamerikafahrt seien einige Fragen in glücklichem Sinne geklärt worden, die für einen Luftschiffverkehr notwendig und erforderlich seien. Nach dieser Ansprache stimmte die tausendköpfige Menge das Deutschlandlied an. In einem kleinen Festzug zogen die Postämter und die Besatzung durch die Stadt. Der Stadtrat von Sevilla hat Dr. Schener zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

Der Reichsverkehrsminister an Dr. Schener.

Berlin, 6. Juni. Reichsverkehrsminister a. O. Schener hat an Dr. Schener folgendes Telegramm gerichtet: Wiederum kann ich Ihnen, über Besatzung und allen Ihren Mitarbeitern namens der Reichsregierung die herzlichsten Glückwünsche zur Vollenbung einer großen Luftverkehrszweigung ausprechen. Die letzte Keile des „Graf Zeppelin“ hat zum ersten Male ein Luftschiff auf die südliche Halbkugel der Erde geführt und die Möglichkeit eines harmonischen Zusammenarbeitens von Luftschiff und Flugzeug im Transpazifikverkehr praktisch verwirklicht. Sie haben damit dem Luftverkehrswesen einen neuen großen Dienst erwiesen. Das deutsche Volk, welches an der Entwicklung der Luftfahrt tatkräftigen Anteil nimmt, wird Ihnen und Ihren Mitarbeitern voller Begeisterung Dank wissen.

Offener Konflikt mit Thüringen.

Berlin, 6. Juni. Die offizielle Antwort Thüringens ist heute vormittag in Berlin eingegangen. Sie bringt kein Ueberbrennen. Sie vertritt den bekannten thüringischen Standpunkt, daß die Ernennung von Nationalsozialisten zu Polizeibeamten dem Reich keine Rechtsgrundlage gebe, die entsprechende Reichsjustiz für Polizeizwecke zu sperren und lehnt in übrigen die Jurisdiktion der nationalsozialistischen Ernennungen ab. Schon heute mittag ist die angeforderte Verfügung des Reichsinnenministers Dr. Brüch ergangen, worin ein für allemal alle Reichszuwendungen an die thüringische Polizei einzustellen. Eine entsprechende Mitteilung wird

Friedrich Augsburger

Ein frederizianischer Roman von Wolfgang Macken
UNTERLEBESRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(69. Fortsetzung.)

„Lahner, er denkt wohl, sein König ist ein Rabenau.“

Lahner schüttelte den Kopf.

„Was denkt er denn, will er nicht reden?“

„Dank nur, Majestät, daß Sie recht schlechte Ratgeber gehabt haben müssen.“

„Hat er recht, hat er recht. Damit will er seinen König wohl entschuldigen?“

„Majestät, ich denk' nicht mehr an das Vergangene. Ich habe abgeschlossen mit dem Leben. Rag' der Wald dem Rappolsteiner bleiben. Jammer! mich nicht mehr. Nur mein Bild erbarnt mich. Bin alleweil mehr Heger denn Jäger gewesen, drum grämt's mich, daß der Rappolsteiner alles meggert.“

„Ist recht, was er sagt! Ist recht, Lahner! Er soll auch der Heger bleiben. Er soll seinen Wald wiederhaben. Will er heute mit mir zum Rappolsteiner fahren?“

„Ich sehe Em Majestät zur Verfügung.“

„Komm' Er, Lahner, will gleich fahren. Will alles in Ordnung haben, ehe ich abfahre. Ja, seh' Er mich nicht so verwundert an. Seinem König geht's recht schlecht. Hab' die Wasserlucht. Reden mir die Doktoren immer vor, könnt' hundert Jahr' alt werden. Lügenhunde! Warum läßt die Welt so, warum nur, Lahner, kann Er mir das nicht sagen?“

„Ist leicht gedeutet.“ sagte der Bauer milde, und sein Antlitz war in dem Augenblick nicht das eines Bauern, sondern er sah in seiner Abgespanntheit aus wie ein Philosoph.

„Ist leicht gedeutet, Majestät, ist doch die Welt mit seiner Einseitigkeit selbst daran schuld. Wer will denn die Wahrheit hören, wer, frag' ich, wollen die Em Majestät hören, die Wahrheit, die grausame Wahrheit?“

Der König wandte sich weg.

„Majestät, ich kenne Sie nicht. Ich schaffe als Bauer und hab' mich um Politik und höfisches Wesen nie gekümmert, aber ich denk' mir, wenn alle Blutsverwandten das, was sie als Wahrheit empfinden, aussprechen würden, dann würden Em Majestät nur noch eines tun können.“

Der alte Bauer wollte es erst nicht aussprechen, dann aber war ihm, als müsse er sich schämen, es zurückzuholen.

„Em Majestät, einen Sarg beim Meister Tischler bestellen und auf den Tod warten.“

„Hört' lam's heraus, so hart, daß der König erblasse und keines Wortes mächtig war.“

Lange dauerte es, bis er sich wieder zusammengefunden hatte und wieder reden konnte.

„Glaubt Er mir, Lahner, daß ich immer nur das Beste für mein Volk gewollt habe.“

„Majestät, Gott weiß das besser wie ich armer Bauer, ich glaube es.“

„Lahner, sag' Er, glaubt Er, daß es einen Menschen geben kann, der den König von Preußen, so wie er ist, so hart, so — so schlecht er ist, lieben kann?“

„Ich weiß, daß es einen gegeben hat und wohl auch noch gibt.“

„Ben meint Er, Lahner, sag' Er schnell.“

„Den Augsburger!“ sagte Lahner langsam.

„Den — Augsburger!“ stammelte der König. „Er meint, Lahner, der hat mich lieb gehabt. Hat mich vielleicht noch lieb.“

„Ja, Majestät!“

„Und ich — ich hab' ihm so unredlich getan. So schwer unredlich. Glaubt Er mir, daß mir der eheliche Augsburger fehlt. Schäm mich nicht, es zu sagen. Wegen dem Rappolsteiner hab' ich ihn gehen lassen. Jetzt mach' Er sich aber fertig, Lahner. Will mit ihm heut' noch zum Rappolsteiner.“

Roch keine Viertelstunde war vergangen, da rollte des Königs Wagen nach Schloß Rappolstein.

Alles war still, als sie auf dem Schlosse eintrafen. Tiefes Erschrecken lag auf den Mienen der Diener.

„Wo ist der Rappolsteiner,“ herrschte der König den Haushofmeister an. „Komm' Er mich, ich bin der König von Preußen. Füh' Er mich zu meinem Herrn. Komm' Er, Lahner!“

„Majestät,“ sagte der Haushofmeister, „Seine Hochgeboren sind sehr krank.“

„Krank? Was fehlt ihm denn?“

„Seine Hochgeboren sind in das Gemein eines Gemeinlichen gefallen und haben sich den Leib verletz.“

„Was schwaft Er mir da vor! War wohl der Rappolsteiner betrunken wie ein Stier und ist vom Tischberg ge-

Der Haushofmeister schweig verärgert.

„Füh' Er mich sofort zum Rappolsteiner.“

Stumm fügte sich der Haushofmeister und führte ihn durch die Gänge bis zum Krankenzimmer.

„Ich werd' Em Majestät melden!“

„Ich' Er nur! Geh' selbst hinein. Füh' Er mir, Lahner.“

„Sie traten ins Krankenzimmer und es schlug sie zurück.“

Eine Wolke von Gestank schlug ihnen entgegen, daß der König entsetzt stand. Dann raffte er sich rasch auf und betrat das Zimmer, obwohl es ihm bald den Atem benahm.

Seine Augen hatten Mühe, sich in dem Halbdunkel des Zimmers zurechtzufinden. Als er am Bette des Rappolsteiners stand, da zitterten ihm die Knie.

War das Gerippe, das im Bette lag, der Riese, der ihm einst als Freund auf der Jagd das Leben rettete.

Fieberaugen grinzten ihn an und trockene Lippen bewegten sich.

„Rappolsteiner, kennst du mich?“

Der Kranke schüttelte den Kopf und sah ihn irre an. Dann flüsterte er etwas, was der König nicht verstehen konnte.

Er bruchte sich nieder zu ihm.

„Sprich, Rappolsteiner, sprich!“

„Der weiße Hirsch läßt mir nicht Ruh.“

Dem König, der selbst Jäger und daher nicht von Aberglauben frei war, schauerte, als er die Worte hörte.

„Was!“

Da brüllte der Kranke auf, wahnsinnige Schmerzen quälten ihn.

„Ich will's nicht wieder. Nehmt den weißen Hirsch weg! Hab' ihn erschossen.“

Der König tritt schein zurück und seine Augen fragen den Lahner.

„Um Gottes willen, sagt Lahner. Was ist geschehen?“

„Der Rappolsteiner hat den weißen Hirsch unserer Wälder als letztes Stück Wild erlegt. Er stirbt an ihm, denn er ist von der Leiter ins Gemein gestürzt, als er es von der Wand nehmen wollte.“

„Entsetzlich!“

Dem König wird plötzlich übel, aber er rafft sich zusammen. Noch einmal tritt er zum Bett und fragt:

„Erkennst du mich, Rappolsteiner? Ich bin der König von Preußen! Kennst du mich nicht mehr?“

Er hat keine Antwort mehr auf seine Frage erhalten, denn der alte Jäger tut plötzlich einen tiefen Atemzug und dann fiel er zurück.

(Fortsetzung folgt.)

der thüringischen Regierung gemacht werden, die daraufhin dem Staatsgerichtshof anrufen dürfte.

Eine unangenehme Pflingst-Überraschung. 40 Prozent Steuererhöhung!

Ein unlogisches Gesetz.

Berlin, 6. Juni. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald verbreitet sich heute mittag vor der Presse des näheren über die getriggerten Beschlüsse des Reichskabinetts. Daraus ist von besonderer Bedeutung, daß das, was bisher über die vorübergehende „Reichshilfe“ der Festbediensteten und Ledigen — des sogenannten Notopfers — bekanntgeworden ist, nicht zutrifft. Der Zuschlag für die Festbediensteten wird nicht auf die Einkommensteuer, sondern auf das Einkommen erhoben, und zwar beträgt er 4 Prozent. Der Einkommensteuertarif wird damit für die betroffenen Kreise von 10 auf 14 Prozent erhöht; das bedeutet eine 40prozentige Erhöhung. Dieser Zuschlag wird von allen Beamten erhoben, dagegen nur von den Angestellten der Privatindustrie, deren steuerpflichtiges Einkommen die Grenze von 8000 Mark überschreitet. Dazu kommt dann noch der bereits gemeldete Zuschlag für die Ledigen, so daß der Einkommensteuertarif für sie 15 Prozent beträgt. Die vorübergehende Reichshilfe ist begrenzt vom 1. Juli dieses Jahres bis zum 31. März 1931, also für die drei noch ausstehenden Quartale des Staatsjahres. — Die Reichsregierung hat sich einen Tag verteidigen lassen, ehe sie sich entschloß, durch den Minister Stegerwald die Wahrheit über das von ihr als Gesetzesvorlage beschlossene Notopfer auszusprechen zu lassen. Unzulänglich war in den offiziellen Mitteilungen unübersehbar, daß von einer Erhöhung der Einkommensteuer um 4 Prozent für Verheiratete und von einem Ledigenzuschlag von 1 Prozent des Einkommens die Rede. Jetzt erst wird offenbar, daß man von den verheirateten Festbediensteten das Besondere hat heute früh genannten Steuererhöhung verlangt, indem man ein Normalmaß von 10 Prozent des Einkommens 15 Prozent des Einkommens erhoben werden sollen. Dieser Zuschlag von 4 Prozent ist offenbar als unveränderlich gedacht, so daß er Kinderreiche Festbedienstete, die beispielsweise etwa nur 7 oder 8 Prozent Einkommensteuer zahlen, mit 11 bis 16 Prozent mehr belastet. Ob diese unlogische Wirkung des sogenannten Notopfers bei der Beratung überhaupt in Betracht gezogen worden ist, erscheint zweifelhaft. Der einprozentige Zuschlag für Ledige heißt diese immerhin noch günstiger als verheiratete Kinderreiche. Man versteht nicht, welche Überlegungen im Reichskabinet bei dieser Formulierung des Steuererhöhungsmaßgebend gewesen sind.

Berlin, 6. Juni. Es ist interessant, aus den Erklärungen Stegerwalds festzustellen, daß die Reichsregierung bei ihren Berechnungen von einem Defizit von 800 Millionen Mark ausgegangen ist, einer Summe, die also nur 100 Millionen höher liegt, als die in der letzten Zeit genannten Zahlen. Die außerordentlichen Maßnahmen, die zur Beseitigung dieses Defizits bei der Reichshilfe und dem Reichshandelsabkommen getroffen worden sind, insbesondere die Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent und das nun doch verlangte Notopfer, suchte der Minister mit dem Hinweis auf die völlige Veränderung der Situation seit dem vorigen Herbst und diesem Frühjahr zu rechtfertigen. Damals, als der Kampf um 1/2 Prozent Beitragserhöhung ging, handelte es sich nur um einen Nettobetrag von 70 Millionen, jetzt um insgesamt 800 Millionen Reichsmark, die durch laufende und einmalige Einnahmen sowie durch Reform der Arbeitslosenversicherung zu beschaffen seien. Diese Mittel seien nunmehr auf folgende Weise gefunden — die nachstehenden Angaben gelten für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. März 1931: 1. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 20 Millionen Mark; 2. Ersparnisreformen in der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen Mark; 3. Notopfer der Festbediensteten in der öffentlichen und Privatwirtschaft, der Ledigen und der Aufsichtsräte 300 Millionen Mark; 4. Verkauf von Staatsaktien der Reichsbahn 100 Millionen und 5. Umwandlung der Zahlungsstermine für die Zigarettensteuer 70 Millionen Mark. Der Rest soll durch Einsparungen im Reichshandelsabkommen gewonnen werden.

Stegerwalds Erklärungen.

Wie der Minister weiter ausführte, müssen die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 1 1/2 v. D., die in Aussicht genommenen Ersparnisreformen und die in Betracht gebrachten Steuern, insbesondere das Notopfer für die Festbediensteten, als eine Einheit angesehen werden. Sozial und auch gerechtes wäre die Einführung eines allgemeinen Notopfers gewesen. Damit wäre aber bei der deutschen Kapitalverknüpfung der Kapitalflucht ins Ausland Vorbehalt geleistet, die Herausziehung fremden Kapitals erschwert und praktisch einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit in die Hände gearbeitet worden. Die Möglichkeit von Reformen großen Stils bei der Arbeitslosenversicherung bedroht der Arbeitsminister wegen der äußerlich gespannten Finanzlage im Reich und in den Län-

dern und mit dem Hinweis darauf, daß erst im Oktober vorigen Jahres die größten Mißstände durch eine Reform beseitigt worden seien. Auch die Prüfung der von vielen Seiten geforderten Aufspaltung der Arbeitslosenversicherung nach der sehr verschiedenen Größe der einzelnen Kräfte müsse „für normalere Zeiten“ zurückgestellt werden. Die 115 Millionen Mark Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung sollen durch folgende Maßnahmen erzielt werden: Die besser bezahlten Arbeiter und Angestellten, die noch nicht 2 Wochen Beiträge geleistet haben, bekommen geringere als die sonst vorgelebene Unterstützungssätze. Die Wartezeit für Ledige ist anstatt wie bisher nur für diejenigen unter 21 Jahre generell auf 14 Tage festgesetzt worden, ein Vorschlag, der beiläufig von Herrn Wiffell stammt. Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung soll vorwiegend in den Bezirken zur Durchführung gebracht werden, in denen die größte Arbeitslosigkeit und die dringendste Wohnungsnot besteht. Vor der Inangriffnahme des zusätzlichen Bauprogramms sollen der Reichsminister, Reichsfinanz- und Reichsarbeitsminister mit den Bauinteressenten, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften des Baugewerbes Verhandlungen darüber führen, wie der Baukostenindex, der seit langer Zeit um 20-30 Punkte über dem allgemeinen Preisindex liegt, diesem angepaßt werden kann. Die Post hat aus Ernte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 120 Millionen ausgearbeitet. Ferner soll, wie bereits in dem Communiqué über die getriggerte Kabinettsitzung verhandelt wurde, eine Reform der Krankenversicherung an Haupt und Gliedern vorgehen werden. Der Minister glaubt, ohne die Leistungen im allgemeinen herabzusetzen oder die Volksgesundheit zu gefährden, Ersparnisse von 100 bis 150 Millionen jährlich machen und damit die Beiträge im Durchschnitt um 1 Prozent senken zu können. Stegerwald erklärte dann noch, daß auf alle Fälle verhindert werden müsse, daß die sozialen Leistungen, die zurzeit ungefähr 15 Prozent der Lohnsumme ausmachen, noch weiter sinken.

Nachdem Stegerwald die bereits gemeldeten Mitteilungen über das Notopfer gemacht hatte, fuhr er fort: „Man wird der politische Kampf einsehen. Im letzten Jahre ist um 1/2 Prozent Beitragserhöhung 5 Monate lang gekämpft worden. Vor wenigen Monaten ist die Große Koalition um 1/2 Prozent der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung zerbrochen. Jetzt handelt es sich nicht wie im März um 1/2 Prozent, sondern um 1 Prozent Beitragserhöhung, jetzt müssen insgesamt nicht 70, sondern 700 Millionen für die Arbeitslosen beschafft werden. Mit dem 8. 18 der Reichsregierung ist die Arbeitslosenversicherung nicht zu sanieren, auch nicht mit der Durchführung einer anderen politischen Kräftegruppierung durch Auflösung des Reichstages. Darum hat bei der Höhe der Frage und im Hinblick auf das, was sich im letzten Jahre um die Arbeitslosenversicherung abgepielt hat, jeder große Streit über Einzelheiten der Reform seinen politischen Sinn verloren. Das ist die nächste politische Realität.“

Die Berliner Morgenpresse zu den Deckungsplänen.

Berlin, 7. Juni. Die erläuternden Ausführungen, die Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer gestern abend zu den im Reichskabinet beschlossenen Deckungsplänen gemacht hat, geben den Berliner Blättern Veranlassung, sich in ihren Morgenausgaben eingehender mit dem Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen zu beschäftigen. Nur die „Germania“ enthält sich bisher jeden Kommentars. Die Morgenpresse bietet das gleiche Bild wie die getriggerte Abendpresse: Kritik an den Deckungsmaßnahmen, insbesondere an dem geplanten Notopfer der Festbediensteten. Die Frage, ob das Deckungsprogramm im Reichstag eine Mehrheit finden wird, wird eifrig erörtert. Die „D. A. Z.“ spricht von der entscheidenden politischen Frage, die neben aller sehr berechtigten sachlichen Kritik mit der größten Sorge erfüllen müsse. Hinter den neuen Maßregeln halten eigentlich nur die christlichen Gewerkschaften und allenfalls das Zentrum. Selbst wenn es gelingen sollte, die Bedenken der Volkspartei und der Demokraten zu überwinden, sei es zu bezweifeln, ob der mitarbeitende Flügel der Deutschnationalen sich für eine so unpopuläre Aktion zur Verfügung halten werde. Das Blatt fragt, ob die Sozialdemokraten nicht die günstige Situation zu einem Vorstoß ausnutzen, der die Regierung vor der Inangriffnahme ihrer eigentlichen Hauptaufgaben aus dem Sattel best. Eine Antwort auf diese Frage gibt der „Vorwärts“ noch nicht. Er stellt ebenfalls nur die Frage, ob die Vorschläge eine Mehrheit im Reichstag finden werden. Einweilen werde man das mit sehr vielen Fragezeichen versehen dürfen. Das Schicksal der Vorlagen sei höchst ungewiß. Aus den Äußerungen des „Völkischer Zeitung“ und der „Deutschen Zeitung“ ist zu schließen, daß die hinter Drogenberg stehenden Deutschnationalen das Deckungsprogramm ablehnen. Der „Völkischer Zeitung“ spricht davon, daß die Steuerlast der Bevölkerung um Hunderte von Millionen erhöht werden soll, weil die Arbeitslosenversicherung Summen verdrängt, deren Aufbringung noch vor einem Jahr kein Mensch in Deutschland für möglich gehalten hätte. Die „Deutsche Zeitung“ sieht in dem Deckungsprogramm den Beginn der Pflingstfeier.

Reichsfinanzminister Molkenhauer über die Deckungsvorlagen.

Berlin, 6. Juni. Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer empfing heute abend Vertreter der Presse, um ihnen weitere Ausführungen zu den getriggerten Deckungsplänen des Reichskabinetts zu geben. Dabei machte er noch eine Reihe von Mitteilungen über den Inhalt der Berichtswürde, die übrigens bereits morgen dem Reichstag zugestellt werden. Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die „Reichshilfe“ folgende Kategorien umfaßt: 1. die Beamten, 2. die Dauerangestellten der öffentlichen Verwaltung, die sich ja in einem beamtenähnlichen Verhältnis befinden, 3. die festangestellten der Privatwirtschaft, die nicht der Beitragspflicht für die Arbeitslosenversicherung unterliegen, deren Bruttoeinkommen also über der 8000-Mark-Grenze liegt. Für die Erhebung von Beamteneinkommen gilt dieselbe Freigrenze wie bei der übrigen Einkommensteuer. Bei der Vorbereitung des Gesetzes hat man sich auch die Frage vorgelegt, wie der Begriff der geschützten Stellung zu fassen sei, und es ist beschlossen worden, den Angestellten der Privatwirtschaft, die im Laufe des Jahres ihre Stellung verlieren, die Beiträge zurückzuerstatten. Es ist aber auch Vorfrage getroffen worden, daß nicht jemand zum Scherz mit einer Abfindung von einem Monatsgehalt entlassen und am nächsten Monatsort wieder eingestellt werden kann, um den Zuschlag zu umgehen. Die Erhebung erfolgt mit der Lohnsteuer. Nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums beträgt jedes der 4 Prozent der „Reichshilfe“, abgerechnet die Dauerangestellten der öffentlichen Verwaltung, 90 Millionen Mark. Der Anteil der Beamtenhaft beträgt 78 Millionen, der der Angestellten der Privatwirtschaft 12 Millionen. Während die Reichshilfe der Festbediensteten und der Zuschlag für die festbediensteten Ledigen ab 1. Juli erhoben wird, sind in die Lohnsteuer auch einmalige Einnahmen, Tantiemen, Gratifikationen, einbezogen, die zwischen dem 1. April und dem 1. Juni zur Auszahlung gelangt sind. Sie werden, entsprechend den 3 Quartalen des Vierteljahres, zu drei Vierteln herangezogen. Ueber die zeitliche Begrenzung wird in den Entwürfen festgelegt, daß die Steuer für die festbediensteten Ledigen bis zum 31. März nächsten Jahres befristet ist, während die Reichsregierung in dem Gesetz über die vierprozentige Reichshilfe ermächtigt wird, sie am 1. April 1931 zu mildern oder aufzuheben. Die Vorverlegung der Fristen bei der Zigarettensteuer erfolgt ab dem 1. Juni auf einen Monat. Die Reichsfinanzminister Molkenhauer weiter betonte, daß das Kabinet der Auffassung, daß sofortige Maßnahmen nötig sind, eine Verbilligung der Vorlagen auf den Herbst also nicht in Frage kommt. Er wies darauf hin, daß der Etat unter allen Umständen in Ordnung sein müsse, schon mit Rücksicht auf eine Reihe großer Pläne, für die wir auch ausländische Kredite brauchen. Dazu gehört 1. A. die Aufhebung des Baumarcktes durch zusätzliche Reichshilfe und das Ck-Programm. Wegen dieser Notwendigkeit, die Maßnahmen zu beschleunigen, habe das Reichsfinanzministerium sofort anfangs Mai, als das Defizit sich herausstellte, Rührung mit dem Arbeitsminister genommen. Dieses Vorgehen entsprache auch der Entscheidung, in der der Reichstag im April ausdrücklich vorgegeben hat, daß ein Gesetz zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung vorgelegt werden soll, wenn die Arbeitslosigkeit für längere Formen annimmt. Der Belastung durch die einprozentige Erhöhung des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung, die durchaus begrenzt ist, hält der Reichsfinanzminister die hauptsächlichste dauernde Entlastung durch die Reform der Krankenversicherung entgegen. Die Berechnungen der Reichsregierung für die Ausbalanzierung beruhen auf der zugrundelegung einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1,6 Millionen. Einen gewissen Minderertrag an indirekten Steuern durch Verminderung der Kaufkraft erwartet man eigentlich nur von der Umsatzsteuer. Das Reichsfinanzministerium rechnet damit, daß durch die Kulturhebung der Wirtschaft, die Maßnahmen auf dem Baumarckte ein Ausgleich geschaffen wird. Schließlich betonte Reichsminister Molkenhauer noch, daß die Verabfolgung des Etats im ganzen bis zu 12 Millionen ausmachen wird. 35 Millionen davon ergeben sich daraus, daß das noch zu deckende Defizit des Vorjahres um 25 Millionen geringer war als angenommen. 25 Millionen werden am laufenden Etat gedeckt.

Gras-Versteigerung.

Die Stadt versteigert den diesjährigen Futterertrag von verschiedenen Wiesen auf Gemarkung Brödingen, Dillweihenfeld und Birkenfeld. Zusammenkunft: Dienstag den 10. Juni 1930, nachmittags 3 Uhr, beim Elektrizitätswerk, Oberes Engolz, Pforzheim, den 5. Juni 1930. Städt. Tiefbauamt.

Inserate heben den Umsatz!

Sie brauchen keine großen Reisen zu unternehmen,

um zu erstklassigen Kur- und Hotelprospekten, ein- oder mehrfarbig, zu kommen. Wenden Sie sich bei etwaigem Bedarf an die „Enztäler“-Druckerei in Neuenbürg, welche Ihnen mit werbetchnischen Ratschlägen jederzeit kostenlos an die Hand geht. Fernsprech-Anschluss Nr. 4.

Auto- und Motorrad-Zubehörsätze.
AUTO-KÖNIG
Neuenbürg.

Zigarren
Zigaretten, Tabake
in allen Preislagen und Packungen.
E. Lindemann
Neuenbürg, Tel. 191.

E. Hermann, Arndach
Herren- und Damenschuhe mit Gelenkfüßen.
Birkenfeld.
Eine mit Ertrag im Mittelbüsch liegende

Wiese
mit 17 Ar 32 qm ist zu verkaufen. Zu erfragen
Diettingerstr. 36.



Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen **wiederholt** versteigert werden am **Donnerstag den 12. Juni 1930, nachmittags 2 Uhr,** auf dem Rathaus in Neuenbürg die auf Markung Neuenbürg belegenen, im Grundbuch von Neuenbürg, Heft 541, I, Nr. 10 und 16, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Wilhelm Fauth**, Schreiners in Springen, eingetragenen Grundstücke:

Geb. 451 mit Parz. 814: 3 a 26 qm Wohnhaus mit Werkstatt und Hofraum, Böschung und Garten, Parz. 815: — a 38 qm Grasrain, alles in unteren Hausäckern, gemeinderätlich geschätzt am 8. Mai 1928 auf zu —: 20 000 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. November 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung**, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 3. April 1930.

Kommissär: Bezirksnotar Falch.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll versteigert werden am **Montag den 23. Juni 1930, nachmittags 2 Uhr,** auf dem Rathaus in Neuenbürg das auf Markung Neuenbürg belegene, im Grundbuch von Neuenbürg Heft 594, I, 1 zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Max, Karl, Sägers in Höfen-Enz**, eingetragenen Grundstücke:

Parz. 686: Wiese, auf dem Kies: 26 a 18 qm gemeinderätlich geschätzt am 3. Juni 1930 zu 700 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Mai 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung**, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 6. Juni 1930.

Zwangsversteigerungskommissär: Bezirksnotar Falch.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen versteigert werden am **Dienstag den 20. Juni 1930, vormittags 9 Uhr,** auf dem Rathaus in Conweiler die auf Markung Conweiler belegenen, im Grundbuch von Conweiler Heft 54, I, 2 und 3 zurzeit der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks auf den Namen der **Säch, Bertha, geb. Koch, Ehefrau des Wilhelm Säch V, Fabrikarbeiters in Conweiler**, eingetragenen Grundstücke:

Geb. 78: Die Hälfte Stockwerkseigentum an Wohnhaus, Scheuer und Hofraum 2 a 29 qm, oben im Dorf am Gannengähe.

Allein: Abtritt 0 a 07 qm, Parz. 65/1: Gras- u. Baumgarten daselbst 2 a 82 qm, gemeinderätlich geschätzt am 12. März 1928 zusammen zu 3500 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 2. Juni 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung**, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 6. Juni 1930.

Zwangsversteigerungskommissär: Bezirksnotar Falch.

Bertl Bentel
Reinhold Kolb
Verlobte
Neuenbürg a. E. Stuttgart Cannstatt
Pflingsten 1930.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen
Sofie Lichtenberger
Helmut Herr
Ottenhausen Ottenhausen Herrenberg
Pflingsten 1930.

Als Verlobte grüßen:
Helene Schmid
Egon Gauß
Neuenbürg Pflingsten 1930 Conweiler

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:
Sofie Seyfried
Hermann Seyfried
Calmbach, Pflingsten 1930

Kurhaus Tannenburg, Neuenbürg a. Enz.
Morgen Pfingstsonntag ab 1/4 Uhr:
Gartenkonzert
ausgeführt von der gesamten Kapelle des Musikvereins e. B., unter persönlicher Leitung von Herrn Kapellmeister Herzog. Um zahlreichen Besuch bittet höflichst
Bogt — Tannenburg.



Der tote Raum
der Hebelordner ist überwunden durch
Das neue Modell
des Leitz-Ordners.
Alle Leitz-Ordner, 8 cm
werden ohne Preiserhöhung mit hohen Aufreihstiften bei gleicher Rückenbreite geliefert.
Vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhandlung, Inh. D. Strom
Neuenbürg.

Der tote Raum
der Hebelordner ist überwunden durch
Das neue Modell
des Leitz-Ordners.
Alle Leitz-Ordner, 8 cm
werden ohne Preiserhöhung mit hohen Aufreihstiften bei gleicher Rückenbreite geliefert.
Vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhandlung, Inh. D. Strom
Neuenbürg.

Feldrennach.
Der am **Dienstag den 10. Juni ds. Js.** fällig
Viehmarkt
wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten.
1. Aus Maul- und Klauenseuche-Sperr- und Beobachtungsgebieten darf Vieh nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Vieh aus den benachbarten badischen Bezirken nicht zugelassen, wenn bürgermeisteramtliche Ursprungsnachweise und für Händlervieh bezichtigende Gesundheitszeugnisse beigebracht werden, woraus die Seuchenfreiheit des Herkunftsorts ersichtlich ist.
Den 6. Juni 1930. **Schultheißenamt.**

Stadtgemeinde Calw.
Zu dem auf nächsten Mittwoch den 11. Juni 1930 stattfindenden
Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
ergeht Einladung.
Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen sind eingehalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vorannahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Köben und Kästen zu bleiben, welche zuvor nicht geöffnet werden dürfen.
Calw, den 6. Juni 1930.
Stadtschultheißenamt: G. Hüner.

Freiw. Feuerwehr Neuenbürg.
Am Samstag den 14. Juni 1930, nachm. 6 1/2 Uhr, findet eine
Übung der Züge I—IV
einschließlich Spielzeug, Elektrikern und Sanitätern statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Anmeldungen für Disko-Weißstein werden am Schluß der Übung entgegen genommen.
Das Kommando.

Neuenbürg.
Samstag und Sonntag
Rehbraten
mit Spätzle,
1 Viertel Wein 25 Pfg.
Silbereisen
zum „Katschüble“.

D-
MOTORRÄDER R 10,
500 ccm 18—20 PS.,
mit kompl. Lichtanlage
1390.- RM.
Hans Bohnacker,
Kraftfahrzeuge,
Neuenbürg Telefon 184

W. Gauß, Neuenbürg-Vorstadt
Neueste Muster in Bade-Anzügen.
Neuenbürg.
Jeden Sonntag frische
Tellersulzen

Schlafzimmer.
etw., neu, prima Arbeit, mit Spiegelschränken u. Marmor, von M. 430.— an. Küchenbüfett, neu, von M. 85.— an.
Möbel-An- und Verkauf
Mina Fröh, Pforzheim,
Dessliche 62.

Herrenalb-Caistal.
Zu verkaufen ein Morgen
Heu- und Oehmdgras.
Zu erfragen
Haus Stolzenfels Nr. 40.

Opel-Limousine,
4/16 PS., komplett, zu verkaufen samt **Wesblech-Garage.** Best. Angebote unter F. an die Engstaler-Geschäftsstelle.

Einzug von Forderungen
jeder Art
durch
Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.
Knoiphaken.

Abbitte.
Die verleumderten und un-mahren Aussagen gegen Frau **Friederike König** nehme ich mit Bedauern als unrichtig zurück.
Rosa König, geb. Weber.

Stempel = Riffen
und
Stempel = Farbe
sichs vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchh.
Inh.: D. Strom.

Evang. Gottesdienst
in Neuenbürg.
Pfingstfest, 8. Juni.
1/10 Uhr: Beichte.
2/10 Uhr: Predigt (Apostelbr.)
2, 32—41: Lied Nr. 231.
Debat. Dr. Weizsäcker.
Kirchchor: Dir. Dr. Weizsäcker.
Nachschickend an den Sonntagsgottesdienst Feier des hl. Traktatwahl.
Das Opfer ist für die bedürftigen ev. Gemeinden des In- und Auslandes bestimmt.
5 Uhr: Predigt.
Stadtkor Weizsäcker.
Pfingstmontag, 9. Juni.
1/10 Uhr: Predigt.
Stadtkor Weizsäcker.
In Waldrennach ist am Pfingstfest um 1/10 Uhr Gottesdienst.

Kath. Gottesdienst
in Neuenbürg
am Sonntag, den 8. Juni.
(St. Pfingstfest)
9 Uhr: Predigt und Feiertagsamt.
2 Uhr: Andacht.
Pfingstmontag, den 9. Juni.
1/7 Uhr: Frühmesse.
9 Uhr: Amt.

In Birkenfeld
am Pfingstfest den 8. Juni
10 1/2 Uhr: Predigt u. hl. Messen.

